



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ
DONNERSTAG, 1. APRIL 2004
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren, ich begrüße Sie zu unserer Pressekonferenz.

Bevor ich mit der eigentlichen Pressekonferenz beginne, möchte ich Ihnen mitteilen, dass ich Jaime Caruana, dem Gouverneur der Banco de España, im Namen des EZB-Rats unsere aufrichtige Anteilnahme bezüglich der Terroranschläge vom 11. März 2004 in Madrid ausgesprochen habe. Des Weiteren habe ich ihm unsere uneingeschränkte Solidarität mit dem spanischen Volk und der Banco de España bekundet.

Der Vize-Präsident und ich möchten Ihnen nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats berichten.

Auf der Grundlage unserer regelmäßigen Analyse der wirtschaftlichen und monetären Entwicklung haben wir unsere Beurteilung nicht geändert, d. h., der aktuelle geldpolitische Kurs ist auch weiterhin angemessen, um auf mittlere Sicht Preisstabilität zu gewährleisten. Wir haben daher die **EZB-Leitzinsen** unverändert belassen. Das niedrige Zinsniveau wird auch künftig zur wirtschaftlichen Erholung im Euroraum beitragen. Wir werden alle Entwicklungen, die unsere Einschätzung der Risiken für die Preisstabilität auf mittlere Sicht beeinflussen könnten, weiter sorgfältig beobachten.

Ich möchte nun unseren Beschluss genauer erläutern und dabei zunächst auf die **wirtschaftliche Analyse** eingehen. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts deutet darauf hin, dass sich der Konjunkturaufschwung im Euro-Währungsgebiet auch im Jahr 2004 fortgesetzt hat, nachdem

in der zweiten Jahreshälfte 2003 Quartalsraten von 0,3 % bis 0,4 % erreicht wurden. Die zuletzt veröffentlichten Produktions- und Nachfragedaten sowie die Vertrauensindikatoren vermitteln ein uneinheitliches Bild und lassen eine kurzfristige Unsicherheit erkennen, wobei sich die tragischen Ereignisse vom 11. März in Madrid vorläufigen Angaben zufolge kaum auf das Vertrauen ausgewirkt zu haben scheinen. Wir werden die Entwicklung auch weiterhin sorgsam beobachten. Insgesamt gibt es derzeit keine Anzeichen, die gegen die Einschätzung eines anhaltenden, wenn auch moderaten, realen BIP-Wachstums im Euro-Währungsgebiet auf kurze Sicht sprechen.

Grundsätzlich sind die Voraussetzungen für eine anhaltende und im weiteren Jahresverlauf zunehmende Erholung nach wie vor gegeben. Erstens ist das weltweite Wirtschaftswachstum robust und breit fundiert, sowohl geographisch als auch in den einzelnen Wirtschaftssektoren, sodass sich ein günstiges außenwirtschaftliches Umfeld für den Euroraum bietet. Trotz gewisser Einbußen an preislicher Wettbewerbsfähigkeit rechnen wir in diesem und im nächsten Jahr mit einer deutlichen Ausweitung der Exporte des Euro-Währungsgebiets.

Zweitens dürften die inländischen Investitionen durch günstige Finanzierungsbedingungen, eine Verbesserung der Unternehmenserträge und die Auswirkungen der globalen Nachfrageentwicklung gefördert werden. Die Eurostat-Daten für das vierte Quartal des vergangenen Jahres lassen bereits gewisse Anzeichen für einen Anstieg der Anlageinvestitionen erkennen. Was den privaten Verbrauch angeht, so dürfte das Wachstum des real verfügbaren Einkommens zu höheren Ausgaben führen, zumal es für die privaten Haushalte keine Finanzierungsengpässe gibt, die einer Ausgabenausweitung im Wege stehen. Im Zeitverlauf sollte auch eine Verbesserung der Beschäftigung und der Beschäftigungserwartungen zu steigenden Konsumausgaben beitragen.

Dies ist unsere Einschätzung, die durch die verfügbaren Prognosen und Projektionen gestützt wird. Natürlich ist eine solche vorausschauende Analyse stets von bestimmten Annahmen abhängig und mit Risiken behaftet. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ergeben sich diese Risiken in erster Linie aus den anhaltenden Ungleichgewichten in einigen Regionen der Welt und der Schwäche des privaten Verbrauchs im Euro-Währungsgebiet. Was den privaten Konsum betrifft, so sei den Bürgern Europas, deren subjektive Inflationswahrnehmung immer noch höher ist als die nach den amtlichen Statistiken ausgewiesene Teuerung, versichert, dass die amtlichen Messungen korrekt sind und wir auch in Zukunft Preisstabilität gewährleisten werden. Darüber hinaus dürften sich auch die in einigen Euro-Ländern vorherrschenden Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Finanzpolitik und den Strukturreformen negativ auf die Stimmung der Verbraucher ausgewirkt haben. Klare Aussagen über Inhalt und Zeitpunkt dieser Reformen und ein besseres Verständnis

ihres Nutzens für alle Bürger würden einen wesentlichen Beitrag zur Förderung des Vertrauens der privaten Haushalte leisten.

Was die Preisentwicklung betrifft, so erwarten wir, dass es weiterhin zu einer gewissen kurzfristigen Volatilität bei den HVPI-Inflationsraten kommt. Der Vorausschätzung von Eurostat zufolge lag die jährliche am HVPI gemessene Teuerungsrate im März bei 1,6 % und blieb somit gegenüber Februar unverändert. Im Vergleich zu Januar (1,9 %) ist sie gesunken. In den nächsten Monaten könnten sich die jährlichen Inflationsraten allerdings aufgrund weniger günstiger Basiseffekte und aufgrund von Erhöhungen indirekter Steuern wieder nach oben bewegen.

Abgesehen von diesen kurzfristigen Schwankungen rechnen wir damit, dass die Preisentwicklung mit Preisstabilität vereinbar bleibt. Angesichts der erwarteten allmählichen Erholung der Konjunktur sollte die Lohnentwicklung weiterhin moderat bleiben. Die neuesten Daten zum Lohnanstieg im vierten Quartal 2003 stützen diese Auffassung. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die aufgetretene Aufwertung des Euro den von den Importpreisen ausgehenden Druck weiterhin abmildern und die inflationären Folgen höherer Öl- und Rohstoffpreise, die auch mit der kräftigen Nachfrage auf globaler Ebene zusammenhängen, dämpfen wird.

Die Aussichten für die Preisentwicklung decken sich weiterhin mit den verfügbaren Prognosen und Projektionen. Angesichts der Tatsache, dass diese auf einer Reihe von Annahmen beruhen, werden wir alle Indikatoren weiterhin genau beobachten. Dem Anstieg der Rohstoffpreise und der Entwicklung der langfristigen Inflationserwartungen gebührt hier besondere Aufmerksamkeit.

Was die **monetäre Analyse** angeht, so ist festzustellen, dass sich das M3-Wachstum seit letztem Sommer – wenn auch nur langsam – abgeschwächt hat. Gleichzeitig hat sich das Wachstum der Kredite an den privaten Sektor beschleunigt. Sowohl die Geldmengen- wie auch die Kreditentwicklung scheinen von dem im Euroraum verzeichneten niedrigen Zinsniveau gestützt zu werden und spiegeln möglicherweise auch die Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds seit dem letzten Sommer wider.

Angesichts des kräftigen M3-Wachstums in den vergangenen Jahren ist im Eurogebiet derzeit mehr Liquidität vorhanden, als zur Finanzierung eines inflationsfreien Wirtschaftswachstums benötigt wird. Die mittelfristigen Auswirkungen dieser reichlichen Liquiditätsausstattung auf die Inflation werden vor allem von der künftigen Entwicklung der Wirtschaft und der Finanzmärkte abhängen. Sollte der Liquiditätsüberschuss weiter bestehen bleiben, könnte er auf mittlere Sicht Inflationsdruck erzeugen.

Insgesamt deutet die wirtschaftliche Analyse nach wie vor darauf hin, dass die Aussichten für die Preisentwicklung auf mittlere Sicht mit Preisstabilität im Einklang stehen. Die **Gegenprüfung** anhand der monetären Analyse ändert nichts an diesem Bild.

Noch ein paar Bemerkungen zu anderen Politikbereichen im Euro-Währungsgebiet. Was die **Finanzpolitik** anbelangt, so sieht der EZB-Rat weiterhin Anlass zur Besorgnis. Jüngste Informationen weisen darauf hin, dass in einer wachsenden Anzahl von Staaten beträchtliche Ungleichgewichte entstehen und die derzeitigen Maßnahmen der Politik nicht ausreichen werden, um die in den letzten Stabilitätsprogrammen festgelegten Konsolidierungsziele zu erreichen. Wir legen den Regierungen dringend nahe, frühzeitige und nachhaltige Korrekturmaßnahmen – wo und wann immer erforderlich – zu ergreifen.

Was abschließend die **Strukturreformen** betrifft, so begrüßt der EZB-Rat die Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates, der am vergangenen Wochenende in Brüssel zusammengetreten ist. Sollen die Ziele von Lissabon erreicht und die Vorteile eines stärkeren nachhaltigen Wachstums sowie einer höheren Beschäftigung ausgeschöpft werden, sind Strukturreformen unerlässlich. Wie der Europäische Rat betonte, muss das Reformtempo erheblich beschleunigt werden, wobei es nun vor allem erforderlich ist, dass die bereits gemachten Zusagen besser umgesetzt werden. Die Überwindung der politischen Unsicherheit und der Verzögerungen bei der Umsetzung einer tragfähigen Finanzpolitik sowie effektiver Strukturreformen würde das Vertrauen des privaten Sektors stärken und damit der wirtschaftlichen Erholung im Euroraum angesichts des unterstützenden Kurses der Geldpolitik neue Impulse verleihen.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

<p style="text-align: center;">Europäische Zentralbank Abteilung Presse und Information Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404 Internet: http://www.ecb.int Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.</p>
--